

# Tagesanzeiger

**Trotz Warnungen** Zweifelhafte Imame betreuen Häftlinge in der Justizvollzugsanstalt

Pöschwies in Regensdorf, *TA vom 25. 7*

## «Nährboden für Extremisten»

### **Unprofessionell und hilflos.**

Die von TA-Journalist Michael Meier geschilderte Vorgehensweise des Amtes für Strafvollzug erscheint mir ziemlich unprofessionell und hilflos. Wenn Saida Keller-Messahli einen Missstand in der Betreuung von Straffälligen durch Imame anspricht, wird das nicht ohne konkrete Gründe und Hinweise sein. Schade, dass die Zuständigen auf die Fachkompetenz und den Erfahrungsschatz der Islamexpertin verzichten wollen.

*Tina Held, Zürich*

### **Konzepte hinterfragen.**

Die Behörden müssen genau hinsehen mit wem sie arbeiten. Nur weil eine Frau aktiv gegen den Islamismus auftritt, heisst das noch lange nicht, dass ihre Konzepte auch von Nutzen sind.

*Thomas Widmer*

### **Prävention ist unerwünscht.**

Es wird erst gelöscht, wenn das Haus lichterloh brennt. Prävention ist unerwünscht. «Zur Begründung dieses Schrittes erklärt Jessica Maise, Sprecherin des Amtes für Justizvollzug, Keller-Messahli vermittele in den Kursen eine Haltung, die den Grundprinzipien der Justizdirektion widerspreche», steht im Artikel. Da kann ich nur den Kopf schütteln. Es geht schliesslich um Geistliche mit salafistischem und nationalistischem Hintergrund. Radikale und ferngesteuerte Seelsorger haben in unseren öffentlichen Anstalten nichts zu suchen. *Guido Achermann*

### **Wenn es zu spät ist.**

Es braucht scheinbar die Presse und den Druck der Öffentlichkeit, damit die Behörden hinschauen. Doch wann reagieren die Verantwortlichen? Meine bescheidene Einschätzung: gar nie oder erst, wenn es zu spät ist.

*Einar Eibesfeldt*

### **Nicht in unserem Rechtsstaat.**

Die Anstellung und Bezahlung eines salafistischen Imams im Zürcher Gefängnis Pöschwies ist tatsächlich unhaltbar. Solchen Machenschaften ausländisch-religiöser Institutionen mit extremistischem Hintergrund muss unser Rechtsstaat Schweiz konsequent und in aller Härte entgegengetreten.

*Roger E. Schärer, Feldmeilen*

### **Der «Laissez-Fehr»-Stil.**

Saida Keller-Messahli kritisiert seit langem und qualifiziert, dass in der Schweiz Imame mit extremistischem Hintergrund tätig sind. Und die Justizdirektion des Kantons Zürich? Sie stoppt die Kurse für das Gefängnispersonal, in denen dieses die Zusammenhänge und Gefahren des Islamismus erkennen lernte. Unglaublich, der Laissez-faire-Stil unserer Politik und Verwaltung! Oder müsste man sagen: «Laissez Fehr»? Dem aufmerksamen Medienkonsumenten fällt schon lange auf, dass in der Schweiz Hassprediger wirken dürfen, die manche anderen

europäischen Länder längst in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt hätten. Durch die extrem weite Auslegung von Menschenrechten und religiöser Toleranz (auf der Gegenseite meist ein unbekannter Begriff) legt die Zürcher Justizdirektion den Nährboden für noch mehr Extremisten. Es wäre gescheit, mit einem Bruchteil des Armeebudgets die Überwachung extremistischer Gruppierungen zu verstärken.

*Hans Bernhard, Winterthur*

### **Behördenarbeit überwachen.**

Die Behörden müssen umgehend und detailliert zur Verantwortung gezogen werden, und es muss überwacht werden, dass die gesetzlichen Bestimmungen scharf umgesetzt werden. Alles andere ist inakzeptabel!

*Otto Frey*

### **Kontakte minimieren.**

Die religiösen Einflüsse auf Insassen von Strafanstalten und anderen sozialen Institutionen sind zu gross. Seien es Fundamentalisten oder andere Sekten, alle nutzen diese Menschen für ihre Zwecke aus. Die Kantone sind dringend angehalten, dass solche Kontakte zumindest minimiert werden. Unter Religionsfreiheit kann nicht alles durchgehen, denn die Verbüssung der Strafe schränkt auch persönliche Freiheiten ein.

*Paul Kaegi*